

SITZUNG

Gremium:	Stadtrat
Sitzungstag:	Dienstag, den 09.07.2013
Sitzungsort:	Sitzungssaal, Rathaus
Beginn:	19:00 Uhr
Ende:	19:38 Uhr

Von den 25 ordnungsgemäß geladenen Mitgliedern des Stadtrates waren 20 anwesend, 5 entschuldigt, 0 nicht entschuldigt, so dass die beschlussfähige Zahl, nämlich mehr als die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl, anwesend war.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Erweiterung des Steinbruches Deisenstein durch die Firma Steinwerke Kaider Neupert

Nicht öffentlicher Teil

Begrüßung

Erster Bürgermeister Kohmann eröffnete die Sitzung und stellte nach Begrüßung der Anwesenden die frist- und formgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Öffentlicher Teil

TOP 1	Erweiterung des Steinbruches Deisenstein durch die Firma Steinwerke Kaider Neupert
--------------	---

Sachverhalt / Rechtslage:

Zur Sachverhaltsdarstellung wird auf die Sitzungsvorlage 2013/757 vom 14.05.2013 für die Sitzung des Stadtrates am 21.05.2013 verwiesen.

In der Sitzung wurde entschieden vor der endgültigen Stellungnahme der Stadt Bad Staffelstein im immissionsschutzrechtlichen Verfahren einen Ortstermin durchzuführen und anschließend in einer Sondersitzung des Stadtrates am 09.07.2013 die Stellungnahme zu erarbeiten und zu verabschieden.

Erster Bürgermeister Kohmann erklärte, dass die Stadt nur Beteiligte im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren ist. Der Stadtrat selbst entscheidet nicht über die Genehmigung der Erweiterung, sondern wird im Rahmen des Verfahrens angehört. Die Entscheidung wird dann von der Genehmigungsbehörde, dem Landratsamt Lichtenfels, getroffen.

Er stellte auch klar, dass verschiedene Ziele aufeinandertreffen. Ein Ziel ist der Schutz des Gewerbebetriebs und seiner Arbeitsplätze. Außerdem ist der Natur- und Landschaftsschutz sehr wichtig. Im betroffenen Gebiet liegt das Landschaftsschutzgebiet Fränkische Schweiz – Veldensteiner Forst, der Kemitzenstein, Mondstein und Hohler Stein. Auch das Trinkwasser muss geschützt werden. Im Erweiterungsgebiet liegt das noch festzusetzende Wasserschutzgebiet, mit dessen Wasser die Rehaklinik Lautergrund, die Ortsteile Schwabthal, End und auch die Stadt Lichtenfels versorgt werden. In diesem Zusammenhang bemerkte Erster Bürgermeister Kohmann auch, dass die Wasserversorgung eine Pflichtaufgabe der Gemeinden darstellt.

Bauamtsleiter Hess stellte kurz die Kernpunkte des Antrags der Firma Steinwerke Kaider Neupert dar. Ziel des Antrages ist die Gewährleistung der Betriebsfähigkeit der Firma und damit auch die Sicherung der Arbeitsplätze für die Zukunft.

StR Hagel verwies auf die Ortsbesichtigung und den verschiedenen Stellungnahmen und Gutachten. Nach der Meinung der CSU-Fraktion soll das gemeindliche Einvernehmen nicht erteilt werden, weil die Pflichtaufgabe Wasserversorgung sonst nicht erfüllt werden kann.

StR Freitag erinnerte daran, dass ein Wasserschutzgebiet geschaffen wurde, um das Trinkwasser zu schützen. Franken sei ein Wassermangelgebiet, der Stadtrat müsse sich in Zukunft öfters mit dem Thema Wasserschutz beschäftigen. Die SBUN-Fraktion ist sich deshalb einig, dass das gemeindliche Einvernehmen nicht erteilt werden soll.

Im Namen der SPD-Fraktion meinte StR Leicht, dass der Rohstoff Stein gebraucht wird und auch die Arbeitsplätze der Firma geschützt werden sollten. Der Schutz des Wassers wiege aber mehr. Auch die SPD würde deshalb der Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens nicht zustimmen.

StR Bramann wies darauf hin, dass der Stadtrat in einem immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren angehört wird. Die bereits vorgetragenen Argumente würden deshalb nicht zum Thema Immission, also Lärm, Staub usw. passen. Der Antrag der Firma Steinwerke Kaider

Neupert wurde gestellt um das Fortbestehen der Firma zu sichern. Mit der noch verbliebenen Abbaufäche könnte noch etwa zehn Jahre lang gearbeitet werden, eine Entscheidung kann auch erst in den kommenden Jahren getroffen werden. Er erinnerte, dass eine Entscheidung nicht vom Stadtrat sondern von der Genehmigungsbehörde, wenn nicht sogar vor Gericht, getroffen wird. Die Bedeutung des Wasserschutzes erkennt er auch als sehr hoch an. Aufgrund der genannten Argumente will die Fraktion der Freien Wähler das gemeindliche Einvernehmen nicht erteilen.

StR Pfarrdrescher erinnerte, dass bereits 2005 eine lange Diskussion über den Antrag einer Steinbrucherweiterung mit einer Abbaufäche von 5 ha entstanden ist. Er sieht noch Entwicklungspotenzial der Firma und findet, dass eine Erweiterung zum jetzigen Zeitpunkt nicht nötig ist. Die Jungen Bürger würden einem gemeindlichen Einvernehmen nicht zustimmen.

Beschluss:

Im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Verfahrens wird nach § 36 BauGB das gemeindliche Einvernehmen für die Erweiterung des Steinbruchs Deisenstein durch die Firma Steinwerke Kaider Neupert erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	0
Nein-Stimmen:	20

Nicht öffentlicher Teil

Im Anschluss folgt die nichtöffentliche Sitzung.